



EU Kohäsionspolitik 2014 + St. Pöltner Erklärung

21. Oktober 2011, St. Pölten

EU Cohesion Policy 2014 + St. Pöltner Manifesto

21st October 2011, St. Pölten

Politique de cohésion européenne 2014 + Manifeste de St. Pölten

21ième octobre 2011, St. Pölten



EU Kohäsionspolitik 2014 + St. Pöltner Erklärung

21. Oktober 2011, St. Pölten

Am 21. Oktober 2010, im Anschluss an die Verabschiedung der Verordnungsentwürfe der Europäischen Kommission für die zukünftige Kohäsionspolitik und den zuvor veröffentlichten Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020, verständigen sich die Präsidenten der unterzeichnenden interregionalen und Städte-Netzwerke auf die folgenden Kernbotschaften zur zukünftigen Kohäsionspolitik der EU.

Zum ersten Mal in der Geschichte einigen sich alle Europäischen Gebiete gestärkt durch ihre Diversität in einer beispielhaften und einzigartigen Partnerschaft, ihre Kräfte zu vereinen und die folgende gemeinsame Botschaft zu artikulieren:

Wir, die Gebiete Europas, bekennen uns zu folgenden Prinzipien, welche den einzigartigen Mehrwert der Kohäsionspolitik in Europa ausmachen, und erinnern alle EU Mitgliedsstaaten und Institutionen daran:

- Die Kohäsionspolitik verringert die ökonomischen, sozialen und territorialen Unterschiede innerhalb Europas maßgeblich.
- Sie ist nachgewiesenermaßen Motor für territoriale, intelligente, nachhaltige und integrative Entwicklung in allen europäischen Regionen.
- Kohäsionspolitik hat sich im Interesse jedes Bürgers und jeder Bürgerin entwickelt. Sie ist eine Solidaritätspolitik und auch eine Innovationspolitik, die auf öffentlichen Investitionen basiert.
- In Zeiten der Finanzkrise und unter Berücksichtigung der zukünftigen Herausforderungen, denen sich die Europäische Union zu stellen hat, sollten die Ressourcen auf die weniger entwickelten, bedürftigen Regionen und Städte konzentriert werden.
- Investitionen steigern wirtschaftliche Aktivitäten und reduzieren soziale Disparitäten. Sie dürfen daher nicht dramatisch reduziert werden, um die erreichten Fortschritte hinsichtlich des Zusammenhalts nicht wieder zunichte zu machen. Vereinfachung, Konzentration, ein integrativer Ansatz, Flexibilität und Effektivität dieser Politik sollten die Schlüsselbegriffe des endgültigen Verordnungspakets darstellen.
- Fairness, Solidarität und Verhältnismäßigkeit sollten ebenso gegeben sein wie die Fortsetzung der Unterstützung aller Regionen, nämlich der wenig entwickelten Regionen, der Übergangs- und der Wettbewerbsregionen. Auch sollten Regionen mit speziellen geographischen oder demographischen Merkmalen ebenso eine angemessene Berücksichtigung finden.



- Die Bedeutung interregionaler Zusammenarbeit in all ihren Formen wie grenzüberschreitende Projekte, Euroregionen und Verbünde für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), ist unbestritten. Der Enthusiasmus und die Geschwindigkeit, mit der makroregionale Strategien geschaffen werden, kennzeichnen ein innovatives und notwendiges EU-Handlungsfeld der territorialen Zusammenarbeit. Dieses ist in der Zukunft weiter ausbaubar und bietet zusätzliche Möglichkeiten und Werte für ganz Europa.
- Das Ziel der territorialen Zusammenarbeit muss weiter gestärkt und mittels einer verbesserten strategischen Dimension sowie vereinfachten Durchführungsregeln und Kontrollverfahren effektiver gemacht werden. Der vorgeschlagene Budgetanstieg wird begrüßt.

In diesem Zusammenhang rufen wir, die Gebiete Europas, den Europäischen Rat und alle Mitgliedsstaaten auf, zuzustimmen, dass die zukünftige EU Kohäsionspolitik:

- eine angemessene Finanzierung erhält: Das von der Europäischen Kommission im mehrjährigen Finanzrahmen vorgeschlagene Budget muss angenommen werden und die ökonomischen und sozialen Leistungen der Kohäsionspolitik dürfen nicht geschmälert werden¹.

Die Strategie Europa 2020 ist die übergreifende Strategie für die Zukunft der Europäischen Union. Regionen und Städte sind bereit, diese auf der territorialen Ebene umzusetzen, da die Kohäsionspolitik verdienstermaßen zu ihrem Hauptinstrument ernannt wurde. Diese Strategie benötigt jedoch eine ausreichende Finanzierung, um erfolgreich sein zu können. In diesem Sinne sollte die vorgeschlagene Ressourcenzuteilung für die Kohäsionspolitik nicht reduziert werden.

- einen vollständig integrierten und umfassenden Ansatz für die territoriale Entwicklung einnimmt: Durch die Synergien, welche zwischen den verschiedenen Fonds geschaffen werden können, die Einbindung aller Akteure und ihr integratives und langfristiges Handeln, reagiert die Kohäsionspolitik nicht nur auf strukturelle Aspekte, sondern auch auf wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten. Die Kohäsionspolitik sollte Raum bieten für verschiedene, aber miteinander verbundene Gebiete, um gemeinsam nachhaltige Strategien für zukünftige wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung zu schaffen.

- vereinfachte und besser koordinierte Vorschriften und Verfahren anwendet: Die Konzentration auf Ergebnisse beinhaltet eine Vereinfachung aller verschiedenen Strukturfonds betreffender Verfahren. In diesem Sinne ist der gemeinsame strategische Rahmen ein Schritt in die richtige Richtung. Die Harmonisierung der Vorschriften sollte aber lediglich rechtliche Unsicherheiten und Fehlerrisiken reduzieren, Vereinfachungen sollten auch die Kontrollen und das Monitoring betreffen, die zusätzlich stärker im Verhältnis zur Größe von Programmen und Projekten stehen sollten.

- Konditionalität mit Bestimmtheit aber mit Vorsicht einsetzt: Regionen und Gemeinden erkennen an, dass eine bestimmte leistungsorientierte Konditionalität notwendig ist, um eine angemessene Verwendung der Fonds sicherzustellen. Jedoch muss Konditionalität mit der Umsetzung der EU-Förderung eng verbunden sein und Verlässlichkeit bei der Umsetzung der operationellen Programme bieten. Sie muss dabei insbesondere die Kompetenzen nationaler, regionaler und lokaler Regierungen berücksichtigen. Keinesfalls darf sie eine Bestrafung der Regionen für Versäumnisse außerhalb ihres Einflussbereichs sein.

¹ Hierbei muss die Forderung der Nettozahler, den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013 auf max. 1% des Bruttonationaleinkommens der EU zu begrenzen, berücksichtigt werden



- einen Entscheidungsfindungsprozess sichert, der dem Partnerschaftsprinzip entspricht: Alle Gebiete, namentlich die Regionen, Gemeinden und Städte, ländliche Räume, funktionale Räume, Gebirge, Gebiete in äußerster Randlage und dünn besiedelte Gebiete, müssen in einer umfassenden und gleichberechtigten Partnerschaft mit allen anderen Entscheidungsträgern auf europäischer und nationaler Ebene einbezogen werden. Das Ziel der territorialen Kohäsion kann nur durch eine substantiell verbesserte Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in allen Phasen des Entscheidungsfindungsprozesses erreicht werden. Sie müssen durch ihre nationalen und europäischen Netzwerksorganisationen, aber auch direkt durch ihre politische Führung einbezogen werden. Nur durch Regierungen in Partnerschaft können wir Fairness, Planungssicherheit, Flexibilität und Sichtbarkeit für EU-Bürger sicherstellen.

Forderung an die Ratspräsidentschaft und das Europäische Parlament, um die regionalen und lokalen Interessen in der Kohäsionspolitik in den bevorstehenden Ratsverhandlungen zu unterstützen.

Regionen, Städte und lokale Regierungen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie die Entwicklung ihrer Gebiete mit eigenen Ressourcen fördern können, teilweise mit begrenzter Unterstützung ihrer Zentralregierungen. Sie haben sich als fähig erwiesen, einige Ergebnisse der Lissabon-Strategie zu erzielen, wohingegen die ursprünglich vorgesehene Koordination zwischen Mitgliedsstaaten nicht die erwartete Wirkung gezeigt hat.

In diesem Sinne, sind wir, die Regionen, Städte und Kommunen

bekräftigt durch unsere Erfahrung in der praktischen Umsetzung von Strukturfonds und der Planung von lokalen Entwicklungsstrategien,

gestärkt durch unsere einzigartige Partnerschaft, welche alle verschiedenen Gebiete und Orte in Europa zusammenbringt,

mit dem Wunsch, zum Wohlbefinden aller Bürger unserer Gebiete beizutragen,

durch große Unterstützung der wichtigsten Politik, die die EU näher zu den europäischen Bürgern bringt,

bereit und motiviert, in Partnerschaft mit den EU-Mitgliedsstaaten und Institutionen zusammenzuarbeiten, um Europa 2020 zu einem Erfolg für alle zu machen.

Wir rufen daher die Ratspräsidentschaft auf, die wichtigsten interregionalen und Städte-Netzwerke bei allen Diskussionen, die die Zukunft der Kohäsionspolitik betreffen, an den Verhandlungstisch einzuladen. Die bisherigen Initiativen vieler früherer Präsidentschaften in diesem Sinne werden sehr begrüßt und die Ratspräsidentschaft ist eingeladen, diese Initiative in der Zukunft fortzusetzen.

*St. Pölten, Niederösterreich (A)
21. Oktober 2011*



EU Cohesion Policy 2014 + St. Pöltner Manifesto

21st October 2011, St. Pölten

On 21st October 2011, following the adoption of the EC legislative proposals for the future Cohesion policy and the earlier proposal for the next Multi-annual Financial Framework 2014-2020, the Presidents of the undersigned interregional and city networks have agreed to deliver the following key messages as regards the future EU Cohesion Policy.

For the first time ever, all European territories, strengthened by their diversity in an exemplary and unique partnership, have agreed to join forces and deliver the following common message:

We, territories of Europe, commit to and remind all EU Member States and institutions of the following principles, which make the unique added-value of cohesion policy in Europe:

- Cohesion policy significantly reduces economic, social and territorial differences within Europe.
- It is a proven driver for territorial, smart, sustainable and inclusive development in all European regions.
- Cohesion policy is a development but also an innovation policy based on solidarity and public investment in the interest of and with a positive added-value for each citizen of Europe.
- In times of financial crisis, and taking into account the future challenges to be faced by the European Union, resources should be concentrated on the less developed regions and cities in need.
- It is important that the investments should not drop drastically, which would damage the advances achieved in the field of cohesion, whereas those investments increase economic activity and reduce social disparities. Simplification, concentration, integrated approach, flexibility and effectiveness of this policy should be the key words in the final legislative package.
- Fairness, solidarity and proportionality should be ensured with continued support to all regions: less developed, transition and more developed regions as well as appropriate consideration for regions with special geographic or demographic features.



- The importance of interregional cooperation in all existing forms like joint cross-border projects, Euregios and Groupings of territorial cooperation (EGTC) is uncontested. The enthusiasm and rapidity of the creation of macro-regional strategies demonstrate an innovative and necessary EU activity field of territorial cooperation which is further expandable in the future and which brings additional opportunities and values for the whole of Europe.
- The territorial cooperation objective must be strengthened, as suggested by the proposed budget increase, and made even more effective thanks to an enhanced strategic dimension as well as rationalised implementation rules and control procedures.

In this context, we, territories of Europe, call the European Council and all Member States to agree that the future EU Cohesion policy should:

- Receive appropriate funding: the budget proposed by the European Commission in the Multi-annual Financial Framework should be agreed on and the economic and social achievements of cohesion policy should not be damaged².
The Europe 2020 strategy is the overarching strategy for the future of the European Union. Regions and cities are ready to carry it out at territorial level, since cohesion policy has been deservedly designated as its main instrument. This strategy needs proper funding if it is to succeed. Therefore, the proposed resource allocation for cohesion policy should not be reduced.
- Take a fully integrated and comprehensive approach to territorial development: Through the synergies that can be created between the different funds and the involvement of key stakeholders, and through its integrated and long-term action, cohesion policy responds not only to structural issues but also to economic and social difficulties. Cohesion policy should be the place for different but interlinked territories to build together sustainable strategies for future economic, social and territorial development.
- Adopt simplified and better coordinated rules and procedures: Focusing on results involves a rationalisation of all the procedures ruling the different structural funds and in this respect, the Common Strategic Framework is a step forward. Harmonising the rules can only reduce legal uncertainties and risks of errors, even though simplification should also concern controls and monitoring, which should be more proportional to the size of the programmes and projects.
- Implement conditionality with determination but caution: Regional and local authorities acknowledge that a certain conditionality based on performance is necessary to make sure that the funds are appropriately spent. However, conditionality must be closely related to the implementation of EU support and guarantee reliability in the execution of the operational programmes. It must in particular consider the competencies of national, regional and local authorities and avoid penalising regions for shortcomings beyond their control.

² Here the demand of the net contributor countries to limit the multi-annual financial framework after 2013 to max. 1% of the Gross National Income of the EU must be taken into consideration.



- Ensure a decision-making process that complies with the partnership principle: All territories, namely regional and local authorities, cities, rural areas, functional areas, mountains, ultra-peripheral and sparsely populated areas, must be included into a full and equal partnership with all other decision-makers, at European and national level. The territorial cohesion objective can only be achieved with a substantially increased involvement of local and regional authorities, at all stages of the decision-making process. They must be involved via their national and European network organisations but also directly via their political leadership. Only by governing in partnership will we ensure fairness, planning capacity, flexibility and visibility for EU citizens.

Request to the Council Presidency and European Parliament to support regional and local interests on Cohesion policy in the upcoming council negotiations

Regions, cities and local governments have shown in recent years that they can support their territories' development with their own resources, with sometimes limited support from their central governments. They have proved capable to deliver results under the Lisbon strategy, whereas the coordination foreseen initially between Member States did not deliver the expected outcomes.

Hence, we, regions, cities, local governments,

Strengthened by our experience of implementing structural funds on the ground and developing local development strategies,

Reinforced by our unique partnership bringing together all different territories and places in Europe,

Wishing to contribute to the well-being of all citizens in our territories,

Thereby strongly supporting the main policy that brings the EU closer to European citizens,

are prepared and eager to work in partnership with the EU Member States and institutions, in order to make the Europe 2020 a success for all.

Therefore, we call upon the Council Presidency to invite the main interregional and city networks at the negotiating table for all the discussions that will concern future Cohesion Policy. The previous initiatives taken in this respect by a number of previous Presidencies are warmly welcomed and the Council presidency is invited to pursue this initiative in the future.

*St. Pölten, Niederösterreich (A)
21st October 2011*



Politique de cohésion européenne 2014 + Manifeste de St. Pölten

21ième octobre 2011, St. Pölten

Le 21ième octobre 2011, suite à la publication des propositions législatives de l'UE pour la future politique de cohésion et à la proposition antérieure du cadre financier pluriannuel 2014-2020, les présidents signataires des réseaux de régions et de villes se sont accordés sur un certain nombre de messages clés concernant la future politique de cohésion de l'UE.

Pour la première fois, tous les territoires européens, renforcés par leur diversité et rassemblés dans un partenariat unique et exemplaire, ont décidé de faire front commun et de transmettre ce message conjoint :

Nous, territoires d'Europe, nous engageons sur et rappelons à tous les Etats membres et institutions de l'UE les principes suivants, qui font la valeur ajoutée de la politique de cohésion en Europe :

- La politique de cohésion réduit significativement les différences économiques, sociales et territoriales en Europe ;
- Elle est un moteur avéré du développement territorial, intelligent, durable et intégratif dans toutes les régions d'Europe ;
- La politique de cohésion est une politique de développement, mais aussi d'innovation, fondée sur la solidarité et l'investissement public dans l'intérêt des citoyens d'Europe, auxquels elle apporte une valeur ajoutée incontestable ;
- En ces temps de crise financière, et compte tenu des défis à venir pour l'Union européenne, les ressources doivent avant tout se concentrer sur les régions les moins développées et les villes en difficulté ;
- Il est important que les investissements ne baissent pas drastiquement, afin de ne pas perdre les avancées permises par cette politique dans le domaine de la cohésion, qui améliore l'activité économique et réduit les disparités sociales. Simplification, concentration, approche intégrée, flexibilité et efficacité de cette politique doivent être les mots clés de la législation finale ;
- Le soutien apporté à toutes les régions devra se faire dans un esprit d'équité, de solidarité et de proportionnalité, qu'il s'agisse des régions les moins développées, en transition et les plus développées, de même que les régions avec des caractéristiques géographiques ou démographiques spécifiques;



- L'importance de la coopération interrégionale sous toutes ses formes - projets de coopération transfrontalière, Eurorégions, groupements de coopération territoriale (GECT) - est incontestable. L'enthousiasme et la rapidité de création des stratégies macro régionales montre qu'il s'agit d'une activité de coopération territoriale novatrice et nécessaire, qui pourra s'étendre à l'avenir et qui apporte de nouvelles valeurs et opportunités pour toute l'Europe ;
- L'objectif de coopération territoriale doit donc être renforcé, comme suggéré par la proposition d'augmentation du budget, mais aussi en rendant ses programmes plus efficaces, grâce à une dimension stratégique accrue et une rationalisation des règles de mise en œuvre et des procédures de contrôle.

Dans ce contexte, nous, territoires d'Europe, appelons le Conseil européen et tous les Etats membres de l'UE à adopter une future politique de cohésion qui :

- Dispose du financement approprié : le budget proposé par la Commission européenne dans le cadre financier pluriannuel doit être accepté tel quel et les réussites sociales et économiques de la politique de cohésion ne doivent pas être mises en danger³. En effet, la stratégie Europe 2020 est la stratégie globale pour l'avenir de l'Union européenne. Les régions et les villes sont prêtes à la mettre en œuvre au niveau territorial, puisque la politique de cohésion a été à juste titre désignée comme son instrument principal. Cette stratégie doit recevoir un financement approprié si l'on veut qu'elle atteigne ses objectifs. Par conséquent, le montant des ressources proposé pour la politique de cohésion ne doit pas être réduit.
- Traite du développement territorial d'une manière pleinement intégrée : par le biais des synergies que peuvent créer les différents fonds et parties prenantes, et grâce à une action intégrée à long terme, la politique de cohésion répond non seulement aux questions structurelles mais aussi aux difficultés économiques et sociales. La politique de cohésion doit être le lieu où des territoires divers mais interdépendants construisent ensemble des stratégies durables pour leur futur développement économique, social et territorial.
- Suive des règles et procédures simplifiées et mieux coordonnées : mieux orienter la politique de cohésion vers les résultats nécessite la rationalisation de toutes les procédures qui régissent les différents fonds. Dans ce cadre, le Cadre stratégique de référence constitue un vrai pas en avant. Harmoniser les règles ne peut que réduire les incertitudes légales et les risques d'erreurs, même si la simplification devrait également concerner les contrôles, qui devraient être plus en adéquation avec la taille des programmes et des projets.
- Mette en œuvre la conditionnalité avec détermination mais prudence : les autorités régionales et locales reconnaissent qu'une certaine conditionnalité basée sur la performance est nécessaire afin de faire en sorte que les fonds soient utilisés de manière appropriée. Toutefois, la conditionnalité doit être étroitement liée à la mise en œuvre des fonds structurels et garantir la fiabilité de l'exécution des programmes opérationnels. Elle doit en particulier respecter les niveaux de compétences, que les autorités soient nationales, régionales ou locales et éviter de pénaliser les régions pour des manquements hors de leur contrôle.

³ Ici la demande des pays contributeurs nets de limiter le cadre financier multi-annuel post 2013 à 1 % maximum du revenu national brut de l'UE doit être prise en considération



- Garantisse le principe de partenariat dans le processus décisionnel: tous les territoires, qu'il s'agisse des autorités régionales, locales, des régions fonctionnelles ou des villes, qu'il s'agisse des montagnes, des régions ultrapériphériques ou des zones à très faible densité de populations, tous doivent pouvoir participer à l'ensemble des décisions, dans un partenariat équitable et entier avec les niveaux européen et national. L'objectif de cohésion territoriale ne peut être atteint que grâce à l'implication des autorités régionales et locales à tous les niveaux du processus décisionnel. Celles-ci doivent être impliquées par l'intermédiaire de leurs réseaux nationaux et européens, mais aussi directement à travers leurs élus politiques. C'est uniquement en gouvernant en partenariat que nous garantirons justice, prévisibilité, flexibilité et visibilité pour les citoyens de l'UE.

Requête auprès de la présidence du Conseil de l'UE et du Parlement européen pour soutenir les intérêts locaux et régionaux sur la politique de cohésion dans les négociations à venir au Conseil :

Les régions, villes et autorités locales ont montré ces dernières années qu'elles peuvent soutenir le développement de leurs territoires grâce à leurs propres ressources, avec parfois un soutien limité de la part de leur gouvernement central. Elles se sont montrées capables de produire des résultats dans le cadre de la stratégie de Lisbonne, alors même que la coordination initialement prévue entre les Etats membres n'a pas eu les effets escomptés.

Ainsi, nous, régions, villes et autorités locales,

Fortes de notre expérience de mise en œuvre des fonds structurels sur le terrain et de mise en place de stratégies de développement local,

Renforcées par un partenariat unique, qui rassemble l'ensemble des différents territoires et lieux en Europe,

Souhaitant contribuer au bien-être de tous les citoyens de nos territoires,

Soutenant donc fermement une politique qui est la première à rapprocher l'UE de ses citoyens,

sommes prêtes et disposées à travailler en partenariat avec les Etats membres et institutions de l'UE, afin de faire d'Europe 2020 une réussite pour tous.

Nous appelons donc la présidence du Conseil à inviter les principaux réseaux de villes et de régions à la table des négociations pour toutes les discussions qui concerneront la future politique de cohésion. Les initiatives déjà prises en la matière par un certain nombre de présidences par le passé sont reconnues et appréciées, et la présidence du Conseil est invitée à poursuivre et amplifier ce mouvement à l'avenir.

*St. Pölten, Niederösterreich (A)
21ième octobre 2011*



Diese Erklärung wird unterstützt von:
This Declaration is supported by:
Cette déclaration est soutenue par :

Bundesland Niederösterreich
Region of Lower Austria (Land Niederösterreich)
Région basse autriche (Land Niederösterreich)

Versammlung der Regionen Europas (VRE)
Assembly of European Regions (AER)
Assemblée des Régions d'Europe (ARE)

Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)
Association of European Border Regions (AEBR)
Association des Régions frontalières en Europe (ARFE)

Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der
Europäischen Union (CALRE)
Conference of European Legislative Assemblies (CALRE)
Conférence des Assemblées Législatives Régionales en Europe (CALRE)

Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR)
Conference of Peripheral and Maritime Regions (CPMR)
Conférence des Régions périphériques et maritimes (CRPM)

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
Council of European Municipalities and Regions (CEMR)
Conseil des Communes et des Régions d'Europe (CCRE)

EUROCITIES
EUROCITIES
EUROCITIES

Konferenz der Europäischen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG)
Conference of European Regions with Legislative Power (REGLEG),
Conférence des Régions européennes aux pouvoirs législatifs (REGLEG)



Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria (Alpe Adria)
Working Community of Adriatic Alps (Alpe Adria)
Communauté de Travail des Alpes Adriatiquee (Alpe Adria)

Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp)
Working Community of Alpine regions (Arge Alp)
Communauté de Travail des Régions alpines (Arge Alp)

Arbeitsgemeinschaft Donauländer (ARGE Donauländer)
Working Community of the Danube area (ARGE Donauländer)
Communauté de Travail des Régions autour du Danube (ARGE Donauländer)

Arbeitsgemeinschaft Pyrenäen (CTP)
Working Community of the Pyrenees (CTP)
Communauté de Travail des Pyrénées (CTP)

*Mehrheit der Gruppe der 143 „Wettbewerbsfähigkeitsregionen“ vom 7. Oktober 2010
A majority of the 143 competitiveness regions group from 7th October 2010
La majorité des 143 régions de la compétitivité, du groupe de l'initiative du 7 octobre.*



.....
Dr. Erwin Pröll
Landeshauptmann von Niederösterreich
Governor of Lower Austria
Président du gouvernement de Basse - Austria

.....
Michèle Sabban
Präsidentin der Versammlung der Regionen Europas
President of the Assembly of European Regions
Président de Assemblée des Regions d'Europe



.....
Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz
Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) e.V.
Präsident of European Border Regions (AEBR)
Président de l'Association des Régions frontalières en Europe (ARFE)

.....
Nazario Pagano
Präsident der Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen
in der Europäischen Union (CALRE)
President of the Conference of European Legislative Assemblies (CALRE)
Président de la Conférence des Assemblées Législatives Régionales en Europe (CALRE)

.....
Jean-Yves Le Drian
Präsident der Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR)
President of the Conference of Peripheral and Maritime Regions (CPMR)
Président de la Conférence des Régions périphériques et Maritimes (CRPM)

.....
Dr. Wolfgang Schuster
Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
President of the Council of European Municipalities and Regions (CEMR)
Président de la Conseil des Communes et des régions d'Europe (CCRE)

.....
Frank Jensen
Präsident der EUROCITIES
Président of EUROCITIES
Président d'EUROCITIES



Minister Jean-Luc Vanraes

Präsident der Konferenz der Europäischen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG)
President of the Conference of European Regions with Legislative Power (REGLEG)
Président de la Conférence des Régions européennes aux pouvoirs législatifs (REGLEG)

Mag. Dr. Wolfgang Platzer

Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria (Alpe Adria)
General Secretary of the Working Community of Adriatic Alps (Alpe Adria)
Secrétaire Général de la Communauté de Travail des Alpes Adriatiquee (Alpe Adria)

Regierungsrat Willi Haag

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp)
President of the Working Community of Alpine regions (Arge Alp)
Président de la Communauté de travail des régions Alpines (Arge Alp)

Dr. Michael Häupl

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Donauländer (ARGE)
President of the Working Community of the Danube area (ARGE)
Président de la Communauté de Travail des Régions autour du Danube (ARGE)

Marc Carballido

Präsident der Arbeitsgemeinschaft Pyrenäen (CTP)
President of the Working Community of the Pyrenees (CTP)
Président de la Communauté de Travail des Pyrénées (CTP)